

LESERBRIEFE

Oberwalliser Bergdörfer –
Gemeinde mit 30 000 Einwohnern

Beat Rieder kommt aus einer Gemeinde im Lötschental mit 563 Bewohnern. Doch seine Wohngemeinde hat eigentlich 30 000 Einwohner: Jede Berggemeinde für sich ist zwar klein, und wir sind weit verstreut im Oberwallis, doch gemeinsam bringen wir von Oberwald bis Kippel, von Eischoll bis Saas-Almagell oder von Täsch bis Guttet-Feschel 30 000 Einwohner zusammen; wenn wir Bergler zusammenhalten, sind wir eine starke Gruppe. Gemeinsam können wir die Basis für Beat Rieder, unseren Ständeratskandidaten, sein!

Beat Rieder ist aufgrund seiner Herkunft und bisheriger Tätigkeit bestens als Vertreter des Kantons Wallis im Ständerat gerüstet. Als ehemaliger Gemeindepräsident von Wiler kennt er unsere Probleme und Sorgen. Ausserdem ist er ein blitzgescheiter Kopf, der durch seine Arbeit als Jurist und als Kantonsparlamentarier die Anliegen des ganzen Wallis bestens kennt. Er ist sehr dossiersi-

cher, 100% zweisprachig und untermauert seine politische Botschaft stets mit prägnanten Fakten.

Das Zweiergespann wird durch Viola Amherd einfach perfekt. Sie gehört zu den einflussreichsten Parlamentariern; das zeigen ihre ausgezeichneten Ratings. Ihre grosse Erfahrung und das weitreichende Netzwerk werden uns auch vier weitere Jahre in Bern nach vorne bringen. Als echte CVP-Frau betreibt sie eine lösungsorientierte Politik und bildet eine sehr wichtige Kraft für den Kanton Wallis in Bern, die wir auch die nächsten vier Jahre nicht missen möchten. «Wir müssen Probleme lösen, nicht bekämpfen», schreibt sie in einem Blog. Damit bringt sie klar zum Ausdruck: Nicht Polemik und reisserische Sprüche, sondern Fakten und kompromissfähige Lösungen bringen unsere Schweiz vorwärts. Rieder und Amherd – unser Zweiergespann in Bern.

Christine Clausen, Ernen

«Freiheit, die ich meine»
nach Klaus Minnig

Frei bleiben, Herr Minnig, heisst, den Roten seine Stimme nicht geben. Die SP will in die EU, und die EU nimmt uns die Freiheit. Die SP will keine Armee, also garantiert sie uns auch keine Freiheit. So einfach ist das, Herr Minnig! Ein Land, das seine Grenzen schliessen kann, ist frei. Ein Land, das seine Grenzen nicht schliessen kann, ist nicht frei.

Mit dem, was Sie da von sich geben, liegen Sie nun wirklich «neben den Schuhen» (um es gelinde zu sagen). Ein Blick rund um die Schweiz, alles EU-Länder, zeigt uns, wie es denen geht: viel schlechter als uns in der freien Schweiz. Warum? Weil diese Länder einer erdrückenden Administration mit zig Funktionären untergeordnet sind und von diesen kontrolliert werden. Und wenn Sie das nicht zugeben wollen, ja dann, Herr Altlehrer, ist Ihnen beileibe nicht mehr zu helfen. Herr Lehrer, bitte nachsitzen!

Es geht nicht um geschlossene Grenzen. Das wissen auch Sie. Es geht um eine kontrollierte Zuwanderung. In Italien sind erwiesenermassen 3 Prozent der Einwanderer an

Leib und Leben gefährdet. 97 Prozent sind Migranten, die bei uns besser leben möchten, begreiflich. Und alle jene, die es mit Schlepfern nach Europa schaffen, bezahlen dafür viel, sehr viel Geld. Die armen Leute aus Afrika können nicht zu uns kommen, weil sie die Schlepfer nicht zu bezahlen vermögen.

In Afrika leben rund 1 Milliarde Menschen, das müsste auch Ihnen bekannt sein. Wollen Sie, mit Ihrem Slogan «offen für die Welt», die ganze Milliarde Afrikaner einladen und in der Folge keinen Platz mehr für jene Menschen haben, die an Leib und Leben wirklich bedroht sind und unsere Hilfe brauchen? Und mit gutem Grund müssen Migranten kontrolliert werden. Oder wollen Sie, Herr Minnig, nach Ihrem Motto «Freiheit, die ich meine», sich morgen unter IS-Terroristen befinden? Das wohl nicht, aber die Grenzen einfach öffnen, das ja.

Papier ist geduldig, ansonsten könnte man das, was Sie da zu Papier bringen, erst gar nicht drucken.

Beat Perren, Zermatt

Endlich ein Bildungsdirektor
mit Vernunft

Der «Rückzieher» von Herrn Freysinger ist mehr als vernünftig. Was eine überstürzte Einführung des Lehrplans 21 bewirken kann, die von einem SP-Bildungsdirektor gepusht wurde und von einer FDP-Direktorin nun umgesetzt werden muss, sieht man z. B. in Baselland, das dazu noch unter einem riesigen Spardruck steht. Die Kurse zum neuen Lehrplan Volksschulen Baselland finden statt, nachdem der Lehrplan für die Primarstufe schon eingeführt wurde. Auf der Sekundarstufe gilt der neue Lehrplan noch nicht. Deswegen müssen nun Zwischenlehrpläne mit Steuergeldern geschaffen werden, die für die Basisarbeit fehlen. Es werden schwammige Umsetzungshilfen formuliert, die viel Platz zur Interpretation

für die teilautonom geleiteten Schulen lassen. Resultat: Jede Schule macht es anders, die Lehrpersonen sind verunsichert. Da lobe ich mir die Sorgfalt, die Herr Freysinger hier an den Tag legt. Einen regional tauglichen Lehrplan aus dem Lehrplan 21 zu entwickeln dauert seine Zeit. In Baselland war es ein unausgeglichener Schnellschuss. Bis 2017 wird auch die Auswertung von Passpartout (Frühfremdsprachenprojekt von sechs Kantonen) vorliegen. Falls diese schlecht ausfällt, hat die Regierung auch dann noch Zeit zu reagieren und diesen Frühfremdwahn mit der absolut untauglichen Mehrsprachendidaktik an den Nagel zu hängen.

Gabriele Zückert, Liestal

Staat | Vereidigung der Hilfswildhüter und Abfallkontrolleure

Einsatz bei Wind und Wetter

BRIG-GLIS | Kürzlich fand im würdigen Rahmen des Stockalperpalastes Brig die Vereidigung der Hilfswildhüter und Abfallkontrolleure des Bezirks Brig statt.

Präfekt Matthias Salzmann und Vizepräfekt Herbert Schmidhalter konnten den künftigen Gemeinde- und Staatsdienern für deren Einsatz bei jedem Wind und Wetter danken. In der Bevölkerung ist oft zu wenig bekannt, welche Arbeiten diese Staatsdiener ausführen.

Die Hilfswildhüter stellen vor allem während der Jagdsaison sicher, dass das kantonale Jagdgesetz eingehalten wird. Sie unterstützen hierzu die Wildhüter an zahlreichen Tag- und Nachtstunden bei der Überwachung der grossen, unwegsamen Gebiete sowie bei der Meldung der erlegten Tiere durch die Jäger. Die Hilfswildhüter werden durch den Staatsrat nach Anhörung der Diana ernannt.

Trotz langjährigem Bestehen der Abfallreglemente über die Gebührensäcke gibt es noch immer Einwohner, welche ihren Abfall lieber gratis, also illegal entsorgen. Hierbei sind der Fantasie der widerrechtlichen Abfallentsorger oft keine Grenzen gesetzt. Sie finden stets neue



Vereidigt. Von links: Vizepräfekt Herbert Schmidhalter und Präfekt Matthias Salzmann mit den vereidigten Hilfswildhütern und den Abfallkontrolleuren des Bezirks Brig.

FOTO ZVG

Möglichkeiten, um die Abfallgebühren zu sparen. Die Abfallkontrolleure machen deshalb während des ganzen Jahres Stichproben bei Kehrichtsammlungen und gehen zudem den Hinweisen aus der Bevölkerung über Abfallsünder nach. Ihr

Ziel ist es, dass bei der Abfallentsorgung alle Einwohnerinnen und Einwohner gleich gerecht behandelt werden und den Gemeinden nicht illegal Gebühren unterschlagen werden.

Da die Hilfswildhüter und Abfallkontrolleure eine gesetz-

liche Funktion wahrnehmen, werden diese nicht nur ernannt, sondern durch den Präfekten offiziell vereidigt. Sie legen hierbei ein Gelübde ab, dass die Verfassung und die Gesetze in ihrer täglichen Arbeit strikte befolgt werden. | wb

LESERBRIEFE

Am Rad drehen und am Strick
ziehen, nicht umgekehrt

Präventive CVP-Sozialpolitik ist seit Jahren von Erfolg gekrönt. Am Rad drehen und am Strick ziehen, ist konstruktive Politik. Mit den klassischen Instrumenten der Sozialpolitik, wie diese von den Linken immer dargelegt und von diesen Strategen immer auch Forderungen gestellt werden, kann man den Teufelskreis nicht durchbrechen. Vor den Wahlen leisten SVP und FDP der SP unüberlegte Schützenhilfe, schon ganz komisch, wie auf den Wahlbühnen getanzt wird. Das CVP-Credo hingegen lautet, Vorsorge hilft teure Nachsorge zu vermeiden. Lernen und Arbeiten ermöglicht auf lange Sicht Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Wer hier in den Jugendjahren, den sogenannten Bildungsjahren, den Anschluss verpasst, wird sich in

allen Lebensbereichen schwer tun und im Alter nachhinken.

Die klassischen Instrumente der Wahl-Sozialpolitik, am (Staat) Rad ziehen, am Strick drehen, helfen nicht, aus dem Teufelskreis herauszukommen, im Gegenteil. Sie stabilisieren den Teufelskreis und führen schlussendlich in einen Käfig der Hoffnungslosigkeit. Wer auf Dauer vom Staat versorgt wird, verliert den Willen und die Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen. Wer sich als junger Mensch vom Arbeiten und Lernen ausklinkt, wird es im eigenen Land wie auch in fremden Ländern schwer haben, zu sich selbst zu finden. Mit der Partei der Mitte drehen Sie am Rad und ziehen Sie am Strick, nicht umgekehrt, ä so chunds guät.

Walter Jaggy, Kippel

Sicherheit und SVP

Die SVP rühmt sich, für alle Bürgerinnen und Bürger mehr Sicherheit zu bringen. Da staunt der Laie:

– Als es darum ging, die Finanzierung der Rottenkorrektur abzusichern, waren die SVP Oberwallis und ihre Vorturner dagegen. Sie nahmen in Kauf, dass die Menschen in Visp und Umgebung grössten Gefahren ausgesetzt werden und dass die Arbeitsplätze der Lonza im wahrsten Sinne des Wortes davonschwimmen. Ist das Sicherheit?

– Als es darum ging, feuerpolizeiliche Vorschriften durchzusetzen, fuhr der SVP-Staatsrat eigens nach Zermatt, erteilte die Bewilligung und fiel dem zuständigen Feuerinspektor in den Rücken. Kein Wunder, dass sich die Feuer-

wehreute im Oberwallis über Freysinger aufregen. Ist das Sicherheit?

– Die SVP will das Rentenalter bei der AHV auf 67 oder gar 68 Jahre erhöhen und gleichzeitig den Umwandlungssatz herabsetzen. Das heisst: länger arbeiten und danach weniger Rente. Ist das soziale Sicherheit für die Menschen, die ihr Leben lang gekrampft haben?

– Als die Nationalbank den Mindestkurs fallen liess, applaudierte die SVP ihrem Milliardär in Zürich zu. Die Zeche zahlen unsere Industrie und unser Tourismus. Fühlen die sich jetzt sicherer? Wohl kaum.

Da sage ich ganz klar: Nein. Wir von der SP wollen Sicherheit für alle.

Gilbert Truffer, Visp

LESERBRIEF

Gebürtige Schweizer und
eingebürgerte Schweizer?

Wann ist ein Schweizer ein Schweizer, eine Schweizerin eine Schweizerin? Eine simple einfache Frage, könnte man meinen, auf die es eine ebenso simple einfache Antwort gibt: Ein Schweizer ist ein Schweizer oder eine Schweizerin ist eine Schweizerin, wenn er oder sie einen Schweizer Pass besitzt. Alles klar? Aber weit gefehlt. Es gibt da die nationalkonservative Partei und für diese ist die Frage nicht so einfach beantwortet. Sie unterscheidet nämlich auf einem Diagramm über das Bevölkerungswachstum in der Schweiz von 1980 bis 2030 zwischen gebürtigen Schweizern (echten? Schweizern) und eingebürgerten Schweizern (sogenannten Papierschweizern). Seit wann gibt es denn zwei Klassen von Schweizern in unserem Land? Eine solche Unterteilung nach Schweizern erster Klasse und zweiter Klasse wi-

derspricht nämlich in eklatanter Weise der Bundesverfassung, in welcher es heisst: Art. 8, Abs. 1: Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich. Und in Abs. 2: Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse..., der Sprache... usw. Eine solche Unterteilung aber ist in hohem Masse diskriminierend und rassistisch und erinnert stark an die Naziphilosophien von der rein-arischen Rasse. Wenn aber nun National- oder Ständeratskandidaten eben dieser Partei auf der Rückseite ihres Wahl-Flyers mit dem oben genannten Diagramm Wahlpropaganda betreiben, um so beim Volk Ängste auszulösen, so sind solche Kandidaten für ein rechtsstaatlich-demokratisches Parlament nicht wählbar. Franz Ruppen beweist mit seinem Wahl-Flyer: Er ist einer von ihnen. Klaus Minnig, Brig-Glis

PARTEIFORUM

SVP und FDP: Länger arbeiten
bei kleinerer Rente

Ein Blick in die Positionspapier der Parteien sowie die Voten im Parlament zeigen: Die SVP und die FDP wollen das Rentenalter erhöhen und gleichzeitig die Renten kürzen; indem bei der 2. Säule der Umwandlungssatz herabgesetzt wird. Das ist im Wallis auch die Position der Ständeratskandidaten der FDP und der SVP.

Länger arbeiten und weniger Rente? Da sagen wir und auch unser Ständeratskandidat Thomas Burgener: Nein danke! Die SP tritt für gute Löh-

ne und korrekte Renten ein. Insbesondere soll die AHV gestärkt werden. Denn im Wallis gibt es viele Menschen, die nur von der AHV leben.

Mit ihrer Isolationspolitik schadet die SVP der Schweizer Wirtschaft. Mit ihrer Politik gegen einen Mindestkurs schadet sie im Wallis dem Tourismus und der Industrie. Nur die SP ist für die Wiedereinführung eines Mindestkurses. Das kommt allen zugute. Eine Politik für alle statt für wenige.

SP Oberwallis